

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 25

Ausgegeben am 16. September 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zum Parteitag

Von Otto Wels

Selten ist ein Parteitag in einer Zeit solcher politischen Spannung zusammengetreten wie der nach Görlitz einberufene, und doch dürfen wir überzeugt sein, daß er seine Arbeiten, unbeirrt durch die hochgehenden Wogen, in selbstbewußter Sicherheit erledigen wird. Die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie sind Tage der Arbeit. Sie unterscheiden sich dadurch von dem tagelang fortdauernden Phrasengeklingel der kommunistischen und unabhängigen Tagungen, auf denen der kapitalistischen Gesellschaft unentwegt das Todesglöcklein geläutet und zugleich als vornehmste Aufgabe des Klassenkampfes der Kampf gegen die eigenen Klassengenossen, soweit sie der Sozialdemokratischen Partei angehören, und gegen die sogenannte Gewerkschaftsbureaukratie gepredigt wird. Wohl ist nicht zu verkennen, daß die Selbstbestimmung im unabhängigen Lager während des verfloßenen Jahres gewisse Fortschritte gemacht hat; immer aber glaubt man dort noch, sich selbst belügen zu sollen durch die Behauptung, die Mehrheitssozialdemokratie verkörpere den »Reformismus«, während die Unabhängigen die Gralshüter des »reinen revolutionären Sozialismus« seien. In Wirklichkeit sind alle positiven Erfolge der letzten Jahre der praktischen Arbeit der Sozialdemokratie zu danken, und diese Erfolge wären sicherlich noch weit größer, wenn die Kräfte der Partei durch den Spaltungskampf nicht vermindert worden wären. Der Vorwurf des Reformismus ist nichts als eine Reminiszenz aus jenen früheren Tagen, als Radikale und Revisionisten in der Partei sich bitter befehden, und doch hat schon damals einer der ersten Vorkämpfer der heutigen Unabhängigen nachgewiesen, daß Reform und Revolution für den Marxismus untrennbar verbunden wären wie Mittel und Zweck. Gerade das Spezifische der marxistischen Politik sei, daß in ihr der Gegensatz der rein reformistischen und rein revolutionären Richtung in einer höheren Einheitlichkeit aufgehoben sei.

Auf dem Parteitag zu Görlitz wird die Frage Reform oder Revolution kaum eine Rolle spielen. Die Partei geht zielbewußt ihren Weg. Gewiß befehen in ihren Reihen manche Meinungsverschiedenheiten, doch sind diese so sekundärer Art, daß sie das Marschtempo nicht zu hemmen vermögen. Vor allem zeigt sich: in der Partei herrscht überall die Zuversicht, daß wir vorwärtskommen. Immer bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die schlimmsten Schäden, die die Spaltung der Arbeiterbewegung zugefügt hat, überwunden sind. Diese Erkenntnis wird, des bin ich sicher, auch die Arbeiten des Parteitags zu Görlitz bestimmen. Görlitz wird eine neue Etappe darstellen auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, deren historische Mission sie immer mehr zur Vertreterin aller werktätigen Volksschichten macht. Durch den Krieg und seine Nachwirkungen sind weite Kreise

zu proletarischer Lebenshaltung gezwungen, die einst rein instinktiv der Sozialdemokratie als Klassenpartei ablehnend gegenüberstanden. Sie alle aber erkennen mehr und mehr in der Sozialdemokratie die Vertreterin ihrer geistigen und materiellen Interessen. Der Begriff der arbeitenden Klasse weitet sich und ebnet der Sozialdemokratie den Weg, auch in solche Kreise einzudringen, die ihr bisher feindlich gegenüberstanden.

Zielsicher geht die Sozialdemokratische Partei den ihr durch die wirtschaftliche Entwicklung vorgezeichneten Weg; fester und fester formieren sich ihre Kampfreihen, so daß selbst reaktionäre Anstrengungen von größerer Kraft als der Kapp-Putsch an diesem Wall scheitern müssen. Die Parteiorganisation stellt schon heute im Verein mit den Verbänden der gewerkschaftlich organisierten Massen eine Macht dar, die ihresgleichen nicht hat.

Anders sieht es im Lager der Unabhängigen und Kommunisten aus — im kommunistischen noch schlimmer als im unabhängigen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte vor einigen Monaten noch mitteilen lassen, daß sie über eine halbe Million Mitglieder zähle. Auf ihrem Parteitag in Jena berichtete sie, daß die Zahl nur noch etwa 300 000 betrüge. In Wirklichkeit aber zählt diese Partei nach dem Eingeständnis ihrer eigenen Führer nicht viel mehr als 100 000 zahlende Mitglieder. Sie ist zum Absterben verurteilt, zumal sie schon bisher nicht aus eigener Kraft zu bestehen vermochte, sondern ihr Leben zu einem wesentlichen Teil den von Rußland gezahlten Subsidien verdanke. Mit dem Geld ihrer deutschen Mitglieder läßt sich der mit russischem Geld aufgebaute Parteiapparat nicht erhalten. Allenthalben wird deshalb schon den Parteisekretären und Redakteuren der Kommunistischen Partei ihre Stellung gekündigt. Auch die Unabhängige Partei erklärt offen, daß sie die Schädigung, die sie durch den Halle'schen Parteitag erfahren hat, nicht zu überwinden vermag. Es ist ein schwacher Trost, wenn sie erwartet, die von ihr bisher betriebene Politik werde einst vor der Geschichte ihre Rechtfertigung finden. Vielleicht zeugt es bereits von beginnender Einkehr, wenn die »Freiheit« betont, daß die Unabhängige Partei sich einer Selbsttäuschung hingeben würde, wenn sie behauptete, daß ihre Arbeit jetzt schon die ihr gebührende Anerkennung gefunden habe. Die Unabhängigen selbst stellen die Tatsache fest, daß Hunderttausende von Arbeitern, die bis zur Spaltung ihrer Partei angehörten, jetzt von keiner der drei Parteien organisatorisch erfaßt werden. Was die Sozialdemokratie als einzigen Erfolg des uferlosen Radikalismus immer betont hat, müssen nun wider Willen auch die Unabhängigen eingestehen: daß die Massen, die den lauteften Schreiern gläubig zuhören, bei der ersten Enttäuschung wieder der politischen Gleichgültigkeit verfallen. Gerade jene ihrer »revolutionären« Kämpfer, die einst unsere Partei beschimpften, vermehren heute das große Heer der Teilnahmlösen.

Der Parteitag zu Görlitz wird sich mit dem ganzen Komplex der inneren und äußeren Politik zu befassen haben; sind doch innere und äußere Politik für Deutschland untrennbar geworden, seitdem der Versailler Friedensvertrag, ein Instrument der Außenpolitik, in unsere inneren Verhältnisse tief eingegriffen hat. Leider hat die Sozialdemokratie in früherer Zeit der Außenpolitik nicht die Aufmerksamkeit gewidmet, die notwendig war. Ein Fehler, der freilich in den Verhältnissen begründet lag. In den verflossenen fünfzig Jahren der Parteienentwicklung waren naturgemäß alle Kräfte der Agitation und dem Aufbau der Organisation gewidmet; die Zahl der vorhandenen

Kräfte war verhältnismäßig gering, die Fülle der Aufgaben allein schon auf innerpolitischem Gebiet riesengroß, so daß die Außenpolitik nicht die erforderliche Beachtung fand.

Die Einwirkung des Versailler Vertrags auf unsere innere und äußere Politik soll in Örtlich eingehend behandelt werden, und wir zweifeln nicht, daß der Parteitag die bisher von der Partei befolgte Politik als richtig anerkennen wird. In erster Linie war diese Politik darauf gerichtet, die Einheit des Reiches in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu erhalten. Allen separatistischen Bestrebungen stellt sie den Einheitsgedanken entgegen, der allein die Gefahr des Rückfalls in Kleinstaaterei, politische und wirtschaftliche Ohnmacht verhindern kann.

Gegenüber dem Geschrei der Deutschnationalen über die Unerfüllbarkeit des Versailler Vertrags, dessen Schwierigkeiten die Partei niemals verkannt hat, wird der Parteitag, wie wir erwarten, jeden Revanchegedanken ablehnen und einen scharfen Trennungsstrich zwischen sich und jenen ziehen, die das deutsche Volk in den verbrecherischen Wahnsinn neuer kriegerischer Verwicklungen zu stürzen bereit sind. Der Idee der Revanche stellt die Partei die Forderung der Revision des Versailler Vertrags entgegen, und sie erhofft von der politischen Entwicklung und der wachsenden Erkenntnis der wirtschaftlichen Solidarität der Völker Europas, daß das deutsche Volk im Rahmen der europäischen Völkerfamilie jene Bewegungsfreiheit zurückgewinnen wird, die zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft unbedingt erforderlich ist. Die Unterzeichnung des Ultimatums wäre eine Pflicht der Parteien gewesen, die Deutschland in das Unglück des verlorenen Krieges gestoßen haben. Ihre politische Gewissenlosigkeit gestattete ihnen jedoch, sich der Verantwortung für ihre Handlungen auch diesmal zu entziehen. Wie bei der Unterschrift des Vertrags von Versailles war die Sozialdemokratische Partei gezwungen, um die Befreiung des Ruhrgebiets und den Verlust Oberschlesiens zu verhindern, in die Regierung wieder einzutreten und an Stelle der wahrhaft Verantwortlichen die Verantwortung zu übernehmen.

Die Politik, die in jenen Tagen des Ultimatums eingeleitet wurde, hat Deutschland vor dem Schlimmsten bewahrt. Es zeigt sich, daß die Gegenätze in der Entente, die auf dem Widerstand Englands gegen die Errichtung einer militärischen Hegemonie Frankreichs in Europa beruhen, letzten Endes doch der Erhaltung des europäischen wirtschaftlichen Friedens dienen. Unverkennbar ist, das beweist auch der Friedensschluß mit Amerika, daß Deutschland außenpolitisch wieder festeren Boden unter die Füße bekommt, wenn es ihm gelingt, die monarchistisch-reaktionäre Propaganda zu brechen und die demokratische deutsche Republik aufrechtzuerhalten.

Eifrig hat zwar in der letzten Zeit die monarchistische Fronde gewählt, doch die Ermordung Erzbergers war ein Signal für alle demokratisch gerichteten Kreise, die immer dreister werdenden Reaktionäre in die gebührenden Schranken zurückzuweisen. Seit Monaten war die reaktionäre Presse erfüllt von Beschimpfungen und Bedrohungen der Republik. Demonstrationen, Kontrollversammlungen, Regiments- und Bataillonstage mit provozierenden Ansprachen jagten einander, als ob Deutschland keine andere Sehnsucht hätte als baldige Rückkehr der in den Novembertagen des Jahres 1918 ausgerissenen Hohenzollern. Genau wie in den Novembertagen jammert man jetzt in der konservativen Presse um »Schuß vor der Gasse« und beteuert in den

höchsten Tönen der Verzweiflung, daß man an der Ermordung Erzbergers unschuldig sei. Die Sozialdemokratische Partei wird auf ihrem Programm energisch fordern: die Republikanisierung der Reichswehr und die Entfernung aller jener aus verantwortlichen Stellen, die dem monarchistischen, verfassungswidrigen Treiben der Deutschnationalen Vorschub leisten, ferner eine beschleunigte Reform der Justiz und wirksame Gesetze zum Schutz der Republik.

Auch die Frage der Einigung wird auf dem Parteitag nach den vorliegenden Anträgen wieder eine Rolle spielen. Wie in der Abwehr gegen die Zerkümmernng der Gewerkschaften unsere Partei mit den Unabhängigen vielerorts zusammengeht, so ist man auch in manchen städtischen Körperschaften bereits zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften geschritten. Es ist meiner Ansicht nach nicht wahrscheinlich, daß der Parteitag in dieser Frage von den Richtlinien abweichen wird, die die Partei in Kassel aufgestellt hat — Richtlinien, die der Partei offensichtlich nützlich gewesen sind. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat in der letzten Zeit sowohl im Reichstag wie in ihrer Presse eine wesentlich andere Haltung beobachtet als früher. Der Sinn für die Realitäten des Lebens ist ihr offenbar stärker zum Bewußtsein gekommen, seitdem der Druck ihrer hyperradikalen, zur kommunistischen Partei übergetretenen einstigen Anhänger fortgefallen ist und sie an dem Erfolg unserer Partei das Verfehlte ihrer eigenen politischen Taktik zu erkennen vermochten. An unserer Partei, die die Einigung der Arbeiterklasse auf das innigste erstrebt und alles getan hat, Spaltungen zu vermeiden und zu vertiefen, wird es nicht liegen, wenn sich die Herstellung der geschlossenen Front verzögert; da wir aber an den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus festhalten, ist die erste Bedingung einer Einigung, daß die Unabhängigen die Forderung der Minderheitsdiktatur völlig aufgeben. Heute sehen wir noch, wie die Unabhängigen in Orten, in denen sie zahlenmäßig die Obermacht haben, es durchaus ablehnen, mit unserer Partei gemeinsame Sache zu machen. Nur dadurch, daß unsere Partei allerorts ihre volle Selbstständigkeit wahrte, wird sie die Unabhängigen in den Städten, in denen diese stärker sind als wir, dazu erziehen, unsere Gleichberechtigung anzuerkennen.

Die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung, die für das Reich durch den Kasseler Parteitagbeschuß erledigt wurde, wird auf dem Görlitzer Parteitag näher interpretiert werden müssen. Das Ziel, das der Kasseler Beschuß verfolgte, war die Sicherung der Demokratie in der Republik. Wir wissen, daß die Republik am wirksamsten geschützt wird, wenn alle sich zusammenscharen, die sich zu ihr und ihrer Verfassung bekennen und gegen jeden Angriff von rechts oder links zur Verteidigung bereit sind; doch ist zwischen jenen Monarchisten, die eifrig die Rückkehr zur Monarchie erstreben, und den sogenannten Vernunftmonarchisten, die sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen wollen, zu unterscheiden. Es ist kein Geheimnis, daß innerhalb der Deutschen Volkspartei die Gegensätze auf das höchste gestiegen sind und in ihr heute drei verschiedene Gruppen miteinander kämpfen. Gelegentliche Stoßseufzer führender Volksparteiler haben verraten, daß sich manche Mitglieder in den Verhandlungen der Reichstagsfraktion oft mit geballten Fäusten gegenübersehen. Freilich mit Sinnes und mit jener Gruppe, die seinen Spuren folgt — darüber kann ein Zweifel nicht bestehen —, kann die deutsche Sozialdemokratie nicht zusammen in einer Regierung arbeiten.

Schwere Entscheidungen stehen der Partei in der Steuerfrage bevor. Die Steuervorlage des Kabinetts Wirth, die einer Erhöhung der indirekten Steuern und damit eine ungeheure Belastung der breiten Massen des arbeitenden Volkes bedeutet, ist nach Gesichtspunkten hergestellt, die an die Zeiten übelster Steuermacherei erinnern. Die Partei hat demgegenüber bereits betont, daß sie an die Frage der indirekten Besteuerung nur herantritt, wenn ihr Garantien für eine eingreifende Belastung des Besitzes gegeben werden. Die Besitzsteuern, die bisher vorgelegt sind, genügen der Partei keineswegs. Sie sind kein Gegengewicht gegen die enormen Verbrauchssteuern. Der Parteitag wird meiner Ansicht nach darauf bestehen müssen, daß eine Erfassung der Goldwerte durch unmittelbare Reichsbeteiligung an der Industrie und der Landwirtschaft erfolgt. Auch die geplante Umgestaltung der Körperschaftsteuer in eine einmalige Abgabe bietet keinen Ersatz für die allgemeine Vermögensbeteiligung des Reiches.

Noch ein Wort zur Debatte über das Parteiprogramm. Es erscheint mir nicht durchaus nötig, daß der Öbriker Parteitag dem Programm seinen Namen gibt. Die Partei kann es schließlich erfragen, wenn die Debatte über den revidierten Programmentwurf noch ein Jahr fortgesetzt wird; aber irrig ist die Auffassung, das Programm, das von der Partei fertiggestellt wird, könne der Einigung der Arbeiterklasse entgegenwirken. Der Einigung der Arbeiterschaft werden irgendwelche Programme weder förderlich noch hinderlich sein. Die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten weisen der Arbeiterklasse ihren Weg, und diese Notwendigkeiten sind stärker als alle Programme.

Mit allen Programmdebatten waren bisher Äußerungen verknüpft, wie sie von den Kritikern jetzt gegen die Arbeiten der Programmkommission erhoben werden. Es ist durchaus nicht richtig, daß das Erfurter Programm schmerzlos und durch einheitslichen Willen der Partei aus der Taufe gehoben worden ist, wie jetzt irrigerweise vielfach behauptet wird. Der Parteitag zu Halle hatte dem Parteivorstand den Auftrag erteilt, dem nächsten Parteitag einen Programmentwurf vorzulegen. An die Veröffentlichung dieses Entwurfs knüpfte sich sofort eine Kritik, gegen welche die an dem jetzigen Entwurf geübte fast ein laises Säufeln ist. Nicht weniger als vier Programm-entwürfe und über fünfzig Abänderungsanträge lagen dem Erfurter Parteitag vor, und angenommen wurde nicht der Entwurf des Parteivorstandes, sondern der Entwurf der Redaktion der Neuen Zeit — mit einigen geringfügigen Änderungen. Der Parteivorstand hat also damals, wenn man in der Tonart der Kritiker des heutigen Programmentwurfs reden will, eine vernichtende Niederlage erlitten, und doch gehörten ihm Männer wie August Bebel, Paul Singer, Wilhelm Liebknecht und Ignaz Auer an. Und kaum war das Erfurter Programm angenommen, als es auch schon als überlebt bezeichnet wurde. Das hat nicht gehindert, daß die Partei sich dreißig Jahre unter ihm zu der jetzigen Höhe entwickelt hat. Auch das neue Programm wird viele nicht befriedigen und kann es nicht; denn die Aufgabe der Ausarbeitung eines neuen Programms ist heute eine ungleich schwierigere als im Jahre 1890. Notwendig wird allerdings sein, daß auf dem Parteitag eine größere Kommission unter Hinzuziehung der auf dem Parteitag vertretenen Kritiker die Vorlagen sowie die zum Programmentwurf gestellten Anträge einer eingehenden Prüfung unterzieht. Wir sind überzeugt, daß es dieser

Kommission, ebenso wie jener in Erfurt, möglich sein wird, die Gegensätze auszugleichen, Fehler zu beseitigen und dem Parteitag als Ergebnis der Beratungen eine Vorlage zu unterbreiten, die der Partei als programmatische Standarte in den drohenden schweren Kämpfen der nächsten Jahre zu dienen vermag.

Ernstes Wollen überwindet auch die größten Schwierigkeiten, und dieses Wollen ist vorhanden. Es ist deshalb auch nicht zu befürchten, daß der Örtlicher Parteitag weniger leisten sollte als seine Vorgänger.

Staatsbeamtenschaft, Volksstaat und Sozialdemokratie

Von Friedrich Frank (Freiburg i. Br.)

In der badischen Republik sollte, einem Gerücht zufolge, ein Sekretär der freien Gewerkschaften zum Vorstand eines Oberversicherungsamts ernannt werden. Der Gedanke, einem aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen, mit der Praxis der sozialen Gesetzgebung und Rechtsprechung vertrauten Manne ein solches Amt zu übertragen, rief eine Anzahl mittlerer Verwaltungsbeamten auf den Plan. In unsachlicher Art, mit persönlichen Beschimpfungen sozialdemokratischer Minister, wurde von ihnen in bürgerlichen Tageszeitungen die beabsichtigte Ernennung bekämpft und angekündigt, man werde durch passive Resistenz dem Neuling der bürokratischen Technik das Leben sauer zu machen wissen. Dieser Vorfall gibt uns Veranlassung, objektiv und unvoreingenommen die Stellung der Beamtenschaft, insbesondere der mittleren Beamten, zum Volksstaat und zur Sozialdemokratie zu erörtern.

Die Haltung der Gesamtbeamtenschaft zu dem auf der Souveränität des Volkes beruhenden Staat und zur Sozialdemokratie ist selbstverständlich keine einheitliche, weil es sich um politische Fragen handelt. Eine politische Beamtenschaftsbewegung, eine »Beamtenspartei«, die die Meinung der Gesamtbeamtenschaft unverfälscht zum Ausdruck bringen könnte, gibt es nicht und ist neben anderen, auf der Hand liegenden Gründen schon deshalb unmöglich, weil die Beamtenschaft nach ihrer wirtschaftlichen Lage, Vorbildung, Wirkungskreis, Herkunft und damit in sozialer und kultureller Hinsicht in drei große Klassen gespalten ist, in obere, mittlere und untere Beamte, die ihrer ganzen Lebensart entsprechend dem Bürgertum, dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft verwandt sind. Wenn die neuere Beamtengesetzgebung, im Interesse der »Ausgleichung der Klassengegensätze«, nach Möglichkeit die Bezeichnung obere, mittlere und untere Beamte zu umgehen sucht und die Verwaltungspraxis den bisher unmöglichen Aufstieg des einzelnen in eine sozial höhere Klasse prinzipiell zuläßt, so wird damit an der sozialen Dreiteilung des Beamtentums nichts geändert, der Sammelbegriff Beamten umfaßt ja den Minister wie den Wofen. Die zur Wahrnehmung der Beamteninteressen vorhandenen Fachvereine, Verbände, Kartelle, Gewerkschaften erklären sich als parteipolitisch neutral. Der »Deutsche Beamtensbund« zum Beispiel hält es für vorteilhaft, wenn Vertreter der Beamtenschaft im Lager aller Parteien stehen, und fordert seine Mitglieder auf, in den politischen Parteivereinen besondere politische Beamtenausschüsse zu bilden.